
Diskussion zum Vortrag von Gerhard Schürer

Frage: Mich interessiert, wie die sowjetische Haltung zwischen 1948 und 1950 überhaupt zum Bau des EKO und zum konkreten Standort war?

Schürer: Die Sowjetunion entschied alles. Wir waren damals nicht selbstständig, die DDR existierte noch nicht. Alles wurde abgewickelt über die sowjetische Militäradministration in Deutschland. Wir unterstanden ihrer ökonomischen Abteilung, deren Bestimmungen wir ausführen mußten. Gerade in der UdSSR hatte Selbmann¹ sehr großes Ansehen. Sie verließen sich auf ihn, unterstützten ihn intensiv, aber es wäre damals ohne die sowjetischen Entscheidungen nicht möglich gewesen, ein solches Werk in Eisenhüttenstadt zu errichten. Selbmann selbst war eine schillernde Figur in der Geschichte der DDR. Ihm wurden alle Orden, die das Land zu verteilen hatte, verliehen, aber er erhielt auch alle Strafen, Parteistrafen bis zum Rausschmiß. Selbmann endete daher nicht als großer Wirtschaftler, sondern als Schriftsteller. Er schrieb Bücher wie „Die lange Nacht“ über seinen Zuchthausaufenthalt im Konzentrationslager Sachsenhausen und die „Heimkehr des Joachim Ott“, ein Buch, das die Metallurgie in der DDR behandelt. Selbmann ist 1975 gestorben.

Frage: Dazu eine Zusatzfrage im Hinblick auf die sowjetisch-inspirierte Politik des forcierten Ausbaus der Schwer- und Eisenhüttenindustrie in der DDR, die offenbar rein wirtschaftliche Gesichtspunkte, abgesehen von den politischen, beiseite ließ. Sie sprachen davon, daß es Widerstände gegeben habe und der Ausbau gegen existierende Widerstände beschlossen worden sei. Mich interessiert, welcher Art die Widerstände Anfang der fünfziger Jahre waren.

Schürer: Es gab immer Leute, die wollten die Mittel nicht in diesem Umfang in die Schwerindustrie lenken, sondern lieber in die Renovierung der im Krieg zerstörten Maschinenbauindustrie. Denn ursprünglich war die DDR ein Land des Maschinenbaus, also der mittleren Industrie, der Leichtindustrie sowie der Textilindustrie. Die erwähnten Zweige bekamen in jener Zeit nicht genügend Mittel zum Wiederaufbau und forderten, nicht alle Mittel ausschließlich auf die Schwer- und Eisenhüttenindustrie zu verteilen, um ihre eigenen Kapazitäten entwickeln zu können. Das hatte eine gewisse Logik und konnte nicht einfach verdrängt werden. Aber,

¹ Fritz Selbmann, 1953–1961 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, 1961–1964 stellvertretender Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates.

selbst wenn die Mittel nicht reichten, man kann sie nur einmal verteilen, und da wurde durchgesetzt, EKO muß sein! Und dieser Vorrang hatte Rückwirkungen auf Maßnahmen, die schließlich zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 führten, nämlich, daß die Leute nicht regelmäßig auf ihre Lebensmittelkarten die zugeteilte Ration bekamen. Die Menschen in der DDR lebten bis 1958 mit Rationierungsmaßnahmen, im Unterschied zur Bundesrepublik, in der die Rationierung schon ab 1952 aufgehoben worden war.

Frage: Kann man das konkretisieren? Welche Kräfte waren das, waren das bestimmte Parteigruppierungen?

Schürer: Ich glaube nicht, daß ich sie namentlich kennzeichnen kann. Es war einfach ein Wettlauf um Mittel, bei dem der eine gewonnen hat und der andere verloren. Und der Verlierer war natürlich nicht damit beiseite gedrängt. Sie müssen sich auch vorstellen, daß es einen zweiten Schwerpunkt gab. Ich habe ihn in meinem Vortrag nicht erwähnt, das war die Wismut. Wir waren das Land mit den besten Vorkommen an Uranerzen in Europa, d. h. im sowjetischen Einflußbereich, und mußten innerhalb von drei Jahren eine Uranproduktion aus dem Boden stampfen. Und allein diese beiden Schwerpunkte führten dazu, daß die Kräfte in den ersten Jahren der DDR übermäßig angestrengt werden mußten, aber nicht nur wegen EKO und Wismut, sondern auch infolge der Schwerindustrie und der umfangreichen Reparationszahlungen.

Frage: Der 'Widerstand' ist also primär eine Frage der Zuständigkeit gewesen und politisch motiviert, d. h. der Minister für Maschinenbau hat gesagt, diese Allokation ist falsch, wir sind ein Maschinenbauland, ich kann mit dem Aufbau meiner demontierten Anlagen viel schneller die Mittel reinholen, die wir als rohstoffarme DDR benötigen. Es war also keine Frage politischer Gruppierungen, sondern welche Investitionsmaßnahmen erhalten Priorität und welche nicht?

Schürer: Die damaligen Parteiausschlüsse von Wollweber, Zeisser² u.a. fanden nicht vor den Hintergrund der Schwerindustrie statt.

Frage: Wie würden Sie die Spezifik des sozialistischen Kombinats wie des EKO im Vergleich zu kapitalistischen Unternehmen – wie Cöckerill Sambre beschreiben?

2 Wilhelm Zeisser, 1950–1953 Minister für Staatssicherheit, 1954 Parteiausschluß zusammen mit Rudolf Herrnstadt, 1993 rehabilitiert; Ernst Wollweber, 1953–1957 Minister für Staatssicherheit, 1958 Parteiausschluß zusammen mit Karl Schirdewan.

Schürer: Jedenfalls gibt es einen großen Unterschied: Die Werke im Kapitalismus arbeiten mit viel weniger Arbeitskräften als die im Sozialismus. EKO hatte zu DDR-Zeiten ungefähr 15.000 Beschäftigte, die Stadt selbst hatte etwa 55.000 Einwohner. Soweit ich erfahren habe, arbeiten heute unter den kapitalistischen Bedingungen von Cockerill Sambre 2700 Beschäftigte. Ich möchte damit nicht sagen, daß alle diese Arbeitsplätze verloren gingen, es ist ja auch entflochten worden. Denn zu EKO gehörten viele Betriebe, Dienstleistungsbetriebe u.a., die heute selbständig sind. Die Differenz bedeutet daher nicht einfach Arbeitslosigkeit. Die Verringerung der Arbeitskräfte ist der größte Unterschied und dann die Veränderungen bei den sozialpolitischen Maßnahmen. Die DDR war da ja bekanntlich sehr großzügig. Wir haben alle Sportvereine bezahlt, z.B. den Fußballverein von Eisenhüttenstadt, die Kindergärten, das Krankenhaus usw. Diese Dinge sind heute den zuständigen Stellen übergeben worden. Der Vorsitzende der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, der ostdeutsche CDU-Politiker Rainer Eppelmann kam jüngst zu einer Veranstaltung nach Eisenhüttenstadt, die für ihn sehr unangenehm wurde, weil einige Leute ihm deutlich sagten, daß es ihnen in der DDR besser gegangen wäre, sie hätten Kindergärten, Betriebsessen für 80 Pfennig gehabt. Ich muß sagen, daß diese Dinge auch den Hintergrund der DDR-Nostalgie bilden. Menschen bewahren bestimmte Erinnerungen an gute Dinge. Am liebsten wäre ihnen die Deutsche Mark mit den subventionierten Preisen der DDR.

Frage: Ich interessiere mich für Ihre Meinung, warum als zweiter Schritt das Kaltwalzwerk ausgebaut wurde. Nach den Akten erscheint es so, daß die Entscheidung von der SED und nicht von der UdSSR getroffen wurde. Die SED hat 1958/59 versucht, vom Westen Mittel für den Ausbau des Kaltwalzwerkes zu bekommen. Warum war das Kaltwalzwerk die zweite Entscheidung, denn dadurch war die Lücke im Stahlproduktionsverfahren noch nicht geschlossen?

Schürer: Das war das zweite Mal, wo einsichtige Leute unterlegen waren. Es gab Vorschläge, mit der Warmbandstraße und nicht mit dem Kaltwalzwerk zu beginnen und so den metallurgischen Zyklus zu schließen. Die UdSSR konnte damals der DDR die Warmbandstraße nicht übergeben, aber das Kaltwalzwerk liefern. Daher wurde damals das Kaltwalzwerk bevorzugt. Meiner Ansicht nach war diese Entscheidung nicht gut. Die Kaltwalzkapazität hätte man auch in anderen Werken erweitern können, dazu brauchte man nicht das EKO. Das EKO kann nur als leistungsfähiger Betrieb existieren, wenn es einen geschlossenen metallurgischen Zyklus hat.

Frage: Können Sie mir sagen, ob eine solche Anregung oder Initiative von Ministern wie Selbmann, von Ulbricht oder von der Sowjetunion ausging? Und wie verlief ein Entscheidungsprozeß zum Aufbau eines neuen bedeutenden Investitionsobjektes wie z.B. bei EKO, bei dem Chemiefaserwerk in Guben oder bei dem Halbleiterwerk in Frankfurt?

Schürer: In diesem Falle ist es eindeutig eine Entscheidung der Ausgangsthese von Stalin gewesen, die ich am Anfang gesagt habe. Jedes sozialistische Land mußte seinen eigenen schwerindustriellen Rahmen schaffen. Das war die Grundentscheidung. Dazu gehörte nicht nur ein Eisenhüttenwerk, der Schwermaschinenbau, sondern auch die Energiewirtschaft und andere Bereiche. Im allgemeinen war ein Investitionsvorhaben dieser Größenordnung immer eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die durch die Zusammenarbeit zwischen den Planungsorganen und den Ministern ausgearbeitet wurde. Wir als Plankommission hatten die wirtschaftliche Grundstrategie vorzugeben und mußten folglich die Investitionsschwerpunkte aussuchen. Dadurch waren meistens viele Ministerien beteiligt, nicht nur das Ministerium, das selbst investierte. Bei uns gab es ein Büro für Inspektion der Investitionen, indem etwa 120 Wissenschaftler arbeiteten, die mir untergeordnet waren. Ihre Aufgabe war, alle größeren Investitionen über zehn Millionen Umfang zu begutachten. Mit wissenschaftlicher Unterstützung wurden dann Sachgutachten angefertigt. Das Verfahren war erforderlich, bevor das Gutachten überhaupt zur Entscheidung vorgelegt werden konnte. Entschieden wurden die Investitionen immer mit den Plänen, d. h. der Plan hatte eine Anlage der wichtigsten Investitionen, die dann bestätigt wurden.

Frage: Mich interessieren die Widerstände, von denen sie sprachen. Ich meine damit, wer entschied bei Großobjekten? Setzte ein Minister wie z.B. Selbmann die Errichtung eines Großobjektes durch, oder entschied ein Minister wie z.B. Wunderlich³ beim Halbleiterwerk, weil er sich dafür so eingesetzt und engagiert hat? Von welchen Faktoren hing es ab, ob eine Entscheidung wichtig oder nicht so wichtig war? Waren die Initiatoren die Minister oder die Staatliche Plankommission? Wie waren konkret die Kräfteverhältnisse oder die Gewichtungen?

Schürer: Eine Person allein hätte gegen den Widerstand anderer nichts durchsetzen können. Da gab es zu viele Möglichkeiten der politischen Kontrolle und der Pflichten zur Zusammenarbeit der Organe. Im Grunde ist die vollständige Erstellung eines Planes ein Kampf divergierender Meinungen zu dieser oder jener Frage. Und dabei muß man die Leute zu Wort

3 Helmut Wunderlich, 1959–1960 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission.

kommen lassen, denn man kann Menschen nicht einfach verpflichten, so zu denken, wie ich denke. Wenn der Plan dann dem Politbüro vorgelegt werden sollte, dann mußte die Vorlage gemeinsam unterschrieben sein, z.B. trägt die Vorlage der Warmbandstraße die Unterschrift von Schürer, von Singhuber als Minister für Metallurgie, von Beil als Minister für Außenhandel, von Kersten, damals Minister für Schwermaschinenbau, sowie von Junker, der Minister für Bauwesen war. Und wären wir nicht einer Meinung gewesen, hätten wir die Differenzen schriftlich formulieren und als Anlage beilegen müssen, d. h. ein Widerspruchsprotokoll wird hinten angefügt. Daraufhin entschied das Politbüro oder der Ministerrat, wie mit dem Widerspruch umzugehen ist.

Frage: Im Politbüro sind nur Beschlußvorlagen vorgelegt worden, die in der Regel bestätigt wurden. Wir wissen, daß die Vorlagen durchgegangen sind, die der Staatsapparat in Übereinstimmung mit den zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees erstellt hatte. Differenzen mußten vorher bereinigt werden. Denn existierten Differenzen, konnte keine beschlußfähige Vorlage erstellt werden. Deshalb ist es eine spannende Frage: Wie verlief der Willensbildungsprozeß im Vorfeld der Beratung im Politbüro?

Schürer: Meine Aufgabe war eigentlich ein Schleudersitz der Nation. Ich habe mich von früh bis spät mit irgendwelchen Dingen auseinandersetzen müssen, mit unterschiedlichen Meinungen wichtiger Persönlichkeiten usw. und mußte dann eine Lösung finden. Das waren relativ klare Angelegenheiten, aber manchmal mußte man auch kapitulieren, wie z.B. in die Herstellung von Futtermittel aus Dieselmotoren für die Landwirtschaft. Weltweit gab es nur in Japan eine solche Versuchsanlage, und da sollte man für die DDR eine Anlage entwickeln. Das ist sehr schwer. Aber trotz meines Protestes wurde die Anlage beschlossen und das Ding steht heute in den Sand gesetzt, weil die Rückstände an Kohlenwasserstoffen in diesem Futtermittelprodukt bei der Verfütterung an die Schweine eine Langzeitwirkung nach sich ziehen können.

Frage: Sie haben gesagt, EKO war 1983 mit der Sowjetunion als Generalabnehmer geplant, das wäre ein guter Fortschritt gewesen. Dann begann Mittag gegen diese Maßnahme zu polemisieren, und 1987 fand eine Parteikontrolle statt. Was ist eine Parteikontrolle, was hat man sich darunter vorzustellen?

Schürer: Eine Parteikontrolle ist zunächst einmal etwas normales, wie vielleicht woanders auch, aber bei uns war die Parteikontrolle immer schon der Beginn einer schlechten Zeit für denjenigen, den es betraf. Am Ende

der Parteikontrolle hätte man aus der Partei ausgeschlossen werden können, was wir zur damaligen Zeit als schädlich empfunden hätten. Mir hat keiner gedroht, aber die Leute von der Parteikontrolle prüften nach: Welche Unterlagen hat Schürer verwendet, was hat er da gemacht und warum hat er das vorgelegt? Sie haben die Leute ausgefragt, wie denkst Du denn darüber usw. Was mich damals so erschüttert hat, war, daß diejenigen, die mit mir die Vorlage ausgearbeitet hatten, also die Minister, die ja in ihren Ministerien Experten und Wissenschaftler versammelt hatten, daß die plötzlich umfielen und sagten, die Anlage aus Japan sei doch besser. Ich ging dabei richtig „technisch K.O.“, weil die mich mit technischen Mitteln widerlegen wollten. Die sagten immer: Du bist ein studierter Ökonom, bitte schön, aber die technischen Dinge kannst Du überhaupt nicht beurteilen. Und das stimmt auch. Wenn man für eine gesamte Wirtschaft eines Landes verantwortlich ist und ökonomisch ausgebildet ist, dann unterliegt man dem Gesetz der Optik: Je breiter die Blende, um so geringer die Tiefenschärfe. Wenn man da nicht die Spezialisten hinzuzieht, kann man sich auch irren. Und auf die Spezialisten muß man sich aber dann verlassen können. Wenn die jedoch umfallen, also ich möchte mich an die Zeit nicht mehr so gern zurückerinnern, wie's mir da ging. Und mein bester Freund Ryschkow⁴, der heute noch in der Politik ist, kam und der sagte: Die haben Dich alle betrogen, Gerhard, und Du weißt das! Ich antwortete: Ja, ich habe es gewußt, aber ich habe auch, genau wie Du, die Beschlüsse des Politbüros auszuführen.

Frage: Könnte es sein, daß es im Interesse der Sowjetunion gewesen war, diese Warmbandstraße nicht zu bauen, damit die Kooperation zwischen der DDR und der Bundesregierung nicht noch enger wird?

Schürer: Ich glaube, daß Salzgitter daran interessiert war, daß sie nicht gebaut wird. Ebenso denke ich, daß die Sowjetunion ein absolutes Interesse hatte, daß sie gebaut wird. Ich habe mit meinen engen Kontakten zur Sowjetunion überhaupt erreicht, daß die für uns die Walzgerüste bauen und die Straße als Generalauftragnehmer übernahmen. Das erforderte viele Verhandlungen mit der sowjetischen Seite, die ich vor allem mit meinem Freund Baibakow⁵ geführt habe, der ja auch 20 Jahre Planungschef in der Sowjetunion war, der übrigens auch heute noch mit der Bundesrepublik über Erdgasgeschäfte verhandelt. Die Sowjetunion wollte die Anlage und war tief erschüttert, als wir dann den Vertrag kündigten.

4 Nikolai I. Ryschkow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

5 Nikolai K. Baibakow, Vorsitzender von Gosplan.

Frage: War das schon unter Gorbatschow?

Schürer: Das war 1987 schon zu Zeiten Gorbatschows.

Frage: War die Beziehung zu Japan wichtiger als die zur Sowjetunion?

Schürer: Die Beziehung zwischen Honecker und Gorbatschow war nicht sehr gut. Die waren überhaupt nie gut, aber damals noch schlechter als zu Anfang. Weiterhin sah man in Moskau sehr kritisch, daß sich die DDR mehr an die Bundesrepublik und an Japan, Italien, Belgien usw. annähern wollte. Aber es war eben auch eine Zeit, in der nicht mehr alles in Moskau entschieden wurde.

Frage: Haben diese Entscheidungen vielleicht mit der Tatsache zu tun, daß die Lieferungen aus den RGW-Ländern so ungesichert waren? Hat die Kündigung des Vertrages damit zu tun, daß man solche Probleme vermeiden wollte?

Schürer: Wir hatten ja diese Möglichkeiten mit den anderen RGW-Ländern überhaupt nicht, auch das Umwalzen mußten wir in den kapitalistischen Ländern machen, weil die anderen gar keine Warmbandkapazitäten frei hatten. Sie haben alle nur ihre eigenen Erzeugnisse gewalzt, und in bezug auf die Lieferung gab es Metall-Lieferungen nur von der UdSSR an die DDR und etwas von der ČSSR gegen Braunkohle. Aber mit den anderen Ländern gab es nur einen Sortimentsaustausch im Stahl, aber keine Verflechtung in den Stahlkapazitäten. Wir haben aus der UdSSR jährlich eine Million Tonnen Walzmaterialien bezogen und eine Million Tonnen Roheisen. Aber da mußten wir immer schon sehr dafür ringen, daß wir die überhaupt bekamen. Deswegen war es für uns so wichtig, selbständig zu sein.

Frage: Welchen Einfluß hatte die polnische Krise in den achtziger Jahren auf die Entscheidung der Erweiterung des Stahlwerks bzw. die Absage?

Schürer: Wir wurden durch die polnische Entwicklung nicht in unserer Entwicklung behindert. Wenn es in Polen Probleme gab, bestand aber immer noch das Interesse an der Lieferung der Kohle und anderen Erzeugnissen. Manchmal kam es zu Verzögerungen bei den Lieferungen, aber die sind stets gegenseitig geregelt worden, Polen bekam ja von uns als Gegenleistung Kali, die das Land dringend für seine Landwirtschaft brauchte. Wirtschaftlicher Austausch wird glücklicherweise meist wenig durch die politischen Krisen beeinflusst.

Frage: Ich denke an Streiks! Ich bin sicher, daß es wegen der Ereignisse in Polen zu Lieferschwierigkeiten gekommen ist. Ich weiß aber nicht genau, ob das für Eisenhüttenstadt auch zutrifft. Auf jeden Fall war es nicht so einfach, wie es hier dargestellt wird.

Schürer: Ich muß ehrlicherweise sagen, daß es immer Drohungen gegeben hat: Wir werden das veranlassen, wir werden das machen usw. Aber in der Praxis führte dies hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen zu keinen größeren Störungen. Einmal drehte einer den Ölhahn zu, aber nur für Stunden, und dann war alles wieder in Ordnung. Denn jeder Wirtschaftler, der eine wirtschaftliche Verflechtung einging, ist interessiert, seine Kontakte und seine Lieferung zu behalten. Es ist aber auch wahr, daß es politisch oft knirschte und krachte, aber direkte ökonomische Störungen konnten in Grenzen gehalten werden.

Frage: Führten nicht wirtschaftliche Störungen teilweise zu einer Schließung der polnischen Grenze, weil man befürchtete, daß zwei bis drei Millionen Konsumenten die Läden leerkaufen würden? Ich weiß nicht, inwieweit dies auf Eisenhüttenstadt zutrifft.

Schürer: Ich kann aus meinen Erfahrungen nur berichten, daß es im wesentlichen – man muß immer im wesentlichen sagen –, ständig Teilprobleme gab, die eine Rolle spielten. Wir hatten ja den Danziger Hafen mitbenutzt usw., da gab es oft Probleme: Wenn Streiks waren, kam die Ware nicht. Aber all das sind doch normale Dinge, die im Leben häufig vorkommen. Auch heute noch, streiken z. B. die Arbeiter in Frankreich, dann wird die Ware nicht zum Volkswagenwerk Wolfsburg geliefert. Wir hatten damit keine Probleme, noch nicht mal in der gemeinsamen Baumwollspinnerei, die wir ja gemeinsam betrieben haben. Diese Betriebe wurden von der polnischen Seite vom Streik ausgenommen.